



Greenpeace-Berechnung zu Kosten der Atomkraft ist völlig unseriös

Die von der Umweltschutzorganisation Greenpeace am 3. September 2009 vorgestellte Studie zu den Kosten der Atomkraft wird vom Deutschen Atomforum als unhaltbar und unwissenschaftlich zurückgewiesen. Für die kommerzielle Stromerzeugung aus Kernenergie in Deutschland hat der Steuerzahler keinen einzigen Cent Subventionen zahlen müssen. Das hat die Bundesregierung zuletzt 2008 bestätigt. Greenpeace legt den Begriff „Subvention“ haarsträubend weit aus, um auf einen Gesamtbetrag von 258 Milliarden Euro zu kommen.

Die von der Umweltorganisation beauftragte Studie ist ein Sammelsurium unterschiedlichster staatlicher Aufwendungen und Verpflichtungen, die sich mit dem Thema Kernkraft befassen. Einige Beispiele daraus:

Die Aufwendungen für die Sanierung des sowjetischen Uranbergbaus in Sachsen und Thüringen werden mit insgesamt 7,2 Mrd. Euro einbezogen. Es handelt sich aber dabei um eine einigungsbedingte Altlast. Die Forschungsausgaben des Bundes für den Zeitraum 1950 bis 2008 werden mit 41,2 Mrd. Euro angegeben, enthalten aber auch die hohen Aufwendungen für die Fusionsforschung, ohne sie zu beziffern.

Das in der Greenpeace-Studie einbezogene deutsche Rückstellungssystem für die Kernenergie wurde bereits vor Jahren von der Bundesregierung, der EU-Kommission und dem Europäischen Gerichtshof bestätigt. Es habe sich seit Jahrzehnten bewährt.

Was Greenpeace alles als Subvention bezeichnet, ist völlig unseriös und nur als Wahlkampf zu verstehen.

Pressekontakt:
Maik Ressel
Tel.: 030 498555-20
presse@kernenergie.de
www.kernenergie.de